

nur schlecht gekennzeichnete Grundstücke zu entlarven.

Was die Feldbefreiungen anbelangt (<http://www.infogm.org/spip.php?article3222>), so dauerten diese den Großteil der Zeit tags wie nachts an, gemäß den Prinzipien des zivilen Ungehorsams stehen die AktivistInnen voll und ganz hinter diesen offen durchgeführten Aktionen. Die Unternehmen erstatteten wie gewohnt Anzeige und verurteilten diese Akte von Vandalismus, die, wie sie versicherten, Wissenschaftler vertreiben und Frankreich auf der internationalen Bühne isolieren würden... Die Feldbefreier antworteten: Nicht nur, dass die Erpressung mit Arbeitslosigkeit kein Argument ist, so ist darüber hinaus vor allem auch die nachhaltige Landwirtschaft, die die Umwelt respektiert, geeigneter, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhalten. Den Prozess der Feldbefreier betreffend gibt es zwei Dinge zu präzisieren: Dem Beispiel von Biogemma folgend, sind die Unternehmen gerade dabei, die Zwangsvollstreckungsverfahren durch Kontopfändung wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, an die den Feldbefreier auferlegten Bußgelder zu kommen. Seit Juli, als die Regierung eine große nationale Beratung zu Umweltfragen (der berühmte Runde Tisch le Grenelle de l'environnement) ankündigte, wurde außerdem eine Art gerichtliches Moratorium erlassen. Die Gerichte haben mehrere Prozesse verschoben, mit der Begründung, dass die Ergebnisse des Runden Tisches „die Justiz aufklären“ und somit die Forderungen der Staatsanwaltschaft beeinflussen könnten. Was José Bové betrifft, der normalerweise eine Gefängnisstrafe für eine Feldbefreiung im Juli 2004 abzusitzen hätte, so befindet er sich noch immer in Freiheit. Und so wird es auch bleiben. Die Staatsanwaltschaft beschloss am 10. Dezember 2007, die Haftstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln.

Der „Grenelle de l'environnement“ (Runder Tisch zwischen Regierungsvertretern und NGO-Vertretern) hat das Jahr stark geprägt. Nach der Wahl hat sich der neue Staatspräsident Nicolas Sarkozy dazu bereit erklärt, dem Wunsch diverser NGOs wie Greenpeace und BUND nachzukommen und einen Runden Tisch zu Umweltfragen zu organisieren. Sämtliche AktivistInnen wollten (oder durften)

zwar nicht daran teilnehmen, aber in Frankreich hat sich immerhin ein gewisser Konsens darüber gebildet. Nicolas Sarkozy hat merkwürdigerweise zum Schluß der Veranstaltung unerwartet eine Rede im Sinne eines Gentechnik-Anbaustoppes gehalten: „Die Wahrheit ist, dass wir derzeit erhebliche Zweifel an gentechnisch veränderten Pflanzen mit

Pestiziden haben; die Wahrheit ist, dass wir erhebliche Zweifel an Kontrollen der Ausbreitung und Bestäubung der GVO haben; die Wahrheit ist, dass wir erhebliche Zweifel an medizinischen Vorteilen oder am umwelttechnischen Nutzen der GVO hegen. [...] Im Sinne der allgemeinen Sorgfalt und Gefahrenvorsorge, bin ich für die Aussetzung des kommerziellen GVO-Anbaus. Und dies bis zur Vorlage von Ergebnissen durch eine Expertenkommission, die Ende 2008 einberufen werden soll. [...] Als Beweis für dieses Engagement: Frankreich wird die GVO-EU-Richtlinie im Frühjahr 2008 umsetzen. Ich verpflichte mich dazu. [...] Diese Aussetzung bedeutet keinesfalls eine Verurteilung jeglicher Art von GVO. Es gibt zukunftssträchtige GVO, die für uns eine große Hoffnung darstellen. Das ist vielleicht die einzige Möglichkeit, die Erdbevölkerung morgen zu ernähren. Die Forschung muss schneller vorankommen. Die Genfeld-Zerstörer müssen bestraft werden.“ In diesem Sinne erklärte Umweltminister Jean Louis Borloo, Frankreich würde den Anbau von gentechnisch veränderten Kulturen einfrieren, wenn notwendig in Bezug auf die Schutzklausel (EU-Richtlinie 2001/18), bevor im Frühjahr ein Gesetz verabschiedet wird. Guy Kastler, Bio-Landwirt und Vertreter von Les Amis de la Terre (BUND Frankreich) beim Runden Tisch kann darüber nur spotten: „mit der Erwägung, den Anbau bis zum nächsten Frühling zu untersagen, wird nur das bestätigt, was jeder Landwirt längst weiß: Nämlich, dass es hier zwischen Oktober und März keinen Mais-Anbau gibt. Der Minister weicht somit der eigentlichen Frage eines Moratoriums aus. Er instrumentalisiert so-



gar diese Frage, um eine Debatte über das Gesetz möglichst schnell durchzuführen“. Der Stand der Dinge Anfang Dezember 2007 zeigt, dass juristisch gesehen wenig konkrete verpflichtende Maßnahmen vom Staatsrat veranlasst worden sind... Es wurde lediglich ein Gesetzentwurf ohne jegliche äußere Beteiligung entworfen. Am 6. Dezember wurde zudem von der Regierung eine vorläufige Instanz einberufen. Sie soll mit Beteiligung der Zivilgesellschaft die Einberufung der Expertenkommission vorbereiten. Diese soll nämlich zukünftig für die Überprüfung von Gentechnik zuständig sein. Fraglich ist schon, wie transparent und vielfältig diese höhere Behörde gestaltet wird. Der Anbaustopp wurde ebenfalls ausgesprochen... und zwar - wie zu erwarten - bis März 2008!

Ob 2007 in den Köpfen als Wendepunkt gegen die Gentechnik bleibt, ist fraglich. Es handelt sich bei diesem Grenelle wahrscheinlich wieder einmal um eine öffentliche Schein-Debatte, wie der Anbaustopp bis März es schon ahnen lässt. Wir müssen wachsam bleiben. Worte reichen nicht aus, die AktivistInnen wollen Tatsachen schaffen. Zahlreiche Aktionen sind in Vorbereitung, um den Druck auf die Regierung aufrecht zu erhalten. Damit sie sich nach dem Willen von über 80% der Bevölkerung richtet: Gentechnikfreier Anbau und Konsum.

übersetzt von Cécile Lecomte & Alexandra Fritzsch

Das Gesetz und weitere Infos auf Französisch unter: <http://infogm.org>